

Ökolumne 12/07: Weltklimakonferenz in Bali

von Ulrich Brehme

141 Staaten haben das 1997 beschlossene Kyoto-Protokoll ratifiziert. 38 Industriestaaten hatten sich in diesem Vertrag verpflichtet, den Ausstoß der Treibhausgase bis 2012 weltweit um 5% zu vermindern, was nicht eingehalten wurde. Die klimaschädlichen CO₂-Emissionen sind weiter gestiegen und werden bis 2012 auf etwa 20% angestiegen sein. Ende 2012 verliert das fast wirkungslose Abkommen schon wieder seine Gültigkeit. Danach droht ein völkerrechtliches Vakuum in Sachen Klimaschutz. Zwei Wochen lang verhandelten deshalb die Vertreter von 180 Staaten auf der indonesischen Insel Bali über Maßnahmen, mit denen der Klimawandel gestoppt werden soll. 2009 soll ein neuer Vertrag in Kopenhagen unterschrieben werden. Der Weltklimarat (IPCC) hatte in seinem Klimareport das Ziel formuliert: bis zum Jahr 2050 sollten nur noch halb so viele Treibhausgase weltweit abgegeben werden. Ansonsten könnten die Temperaturen weltweit um mehr als 2 bis 5 Grad noch in diesem Jahrhundert steigen.

Enttäuschend war, dass man sich nicht auf konkrete Reduktionsverpflichtungen einigen konnte. Nach den Vorstellungen der EU sollen die Industrieländer ihren Ausstoß an Klimagasen bis 2020 um etwa 30% unter den Wert von 1990 bringen.

Bundesumweltminister Gabriel kündigte an, dass Deutschland seinen Ausstoß von Treibhausgasen bis zum Jahre 2020 sogar um 40% verringern will. Die USA, die das Kyoto-Protokoll nicht ratifiziert haben, lehnen jedoch feste Grenzwerte ab. Sie bestehen zudem darauf, daß sich China und Indien ebenfalls zur Einsparung von Klimagasen verpflichten. Die USA sind derzeit für etwa ein Viertel des weltweiten CO₂-Ausstoßes verantwortlich. Die USA wurden unterstützt von Russland, Japan und Kanada.

Die Entwicklungsländer fordern, daß die Emissionsgrenzen pro Kopf festgelegt werden sollen. Besonders China stand in der Kritik. Jedoch 34% der chinesischen Emissionen stecken in Exportprodukten.

Die Regierungen erkannten an, daß 20% der Emissionen durch die Entwaldung verursacht wird. Weltweit sind 1,2 Mrd Menschen für ihren Lebensunterhalt auf die Wälder angewiesen. Deshalb soll für den Schutz von Tropenwäldern ein Fonds aufgelegt werden, um Anreize für den Waldschutz zu schaffen. Deutschland will 40 Mio Euro in den Fonds einzahlen und wird damit zum größten Geber. Insgesamt hat der Fonds Zusagen von rund 110 Mio Euro. Benötigt werden insgesamt 200 Mio Euro.

Wenn der Klimawandel nicht eingegrenzt wird, kommt es zu dauerhaften Schäden in Höhe von mehr als 20 % des Weltsozialprodukts. Ein sofortiger aktiver Klimaschutz würde dagegen nur Investitionen in Höhe von etwa 1 % des Weltsozialprodukts erfordern. Neben der Internalisierung der Umweltkosten durch Ökosteuern und den Emissionshandel, ist lassen sich auch die bisherigen Boykotteure ins Feld der UN-Klimapolitik holen. Hierzu hat Joseph E. Stiglitz, der US-amerikanische Nobelpreisträger der Ökonomie, einen bemerkenswerten Vorschlag unterbreitet: Andere Länder sollten den Import energieintensiver Produkte aus den USA verbieten oder diesen Import hoch besteuern. Das norwegische Nobelkomitee hat den Nobelpreis zu gleichen Teilen an Al Gore und den UN-Klimarat vergeben. Al Gore sagte auf Bali: „Die Klimafrage ist kein technisches und kein politisches, sondern zu allererst ein moralisches Problem“.